

STELLUNGNAHME

US-Handelspolitik: Einführung eines vorläufigen Anti-Dumping-Zolls auf den Import von deutschen Blechen und Bändern aus Aluminium

Die deutsche Nichteisen (NE)-Metallindustrie fordert einen regelbasierten und freien Handel, der auf Grundlage der WTO geführt werden sollte. Protektionistische Maßnahmen, die zu einer Diskriminierung einiger Marktteilnehmer führen, lehnen wir ab. Stattdessen begrüßen wir weitere Anstrengungen, den Handel zwischen den USA und Europa zu fördern und Handelsauseinandersetzungen zu vermeiden. Deutsche Unternehmen produzieren nicht unter Marktkosten und der Vorwurf des Dumpings ist gegenstandslos. Die verhängten Anti-Dumping-Zölle sind inakzeptabel. Laut US-Statistik sind 91.076 Tonnen mit einem Warenwert von 321 Mio. USD betroffen, was ca. 5,5 Prozent des gesamten Exports der deutschen Aluminiumindustrie ausmacht.

1. Einleitung

Die deutsche NE-Metallindustrie hat seit Jahren sehr gute Handelsbeziehungen zu den USA. Auf beiden Seiten des Atlantiks ist die Industrie auf Lieferungen aus der Grundstoffindustrie angewiesen. Bleche und Bänder aus Aluminium werden in den USA bspw. in der Automobilindustrie eingesetzt. Für Deutschland ist der US-Markt der wichtigste außereuropäische Absatzmarkt. Vor allem für die Aluminiumindustrie ist der US-Markt von enormer Bedeutung. Außerhalb Chinas sind Europa und die USA die beiden größten Märkte für Aluminium-Walzprodukte.

In den letzten Jahren wurden die guten Beziehungen zwischen den USA und der EU durch Eingriffe in die Handelspolitik auf eine harte Probe gestellt:

- Angefangen bei den [Strafzöllen](#) auf Aluminiumimporte und der Begründung, dass die Einfuhren die nationale Sicherheit gefährden;
- gefolgt von US-Sanktionen gegen Rusal, die beinahe die gesamte europäische Versorgung mit Tonerde zum Erliegen gebracht hätte;
- weitergehend bei Zöllen auf unterschiedliche Buntmetalle wie Kupfer und Nickel im Zuge des Airbus-Boeing-Subventionsvergleichs;
- und letztlich vorläufige Anti-Dumping-Zölle gegen bestimmte Aluminiumimporte.

Bei der U.S. International Trade Commission wurden im März 2020 Anti-Dumping (AD)- und Ausgleichszölle (countervailing duties, CV) gegen mehrere Staaten beantragt. Dazu zählt auch Deutschland. Die vorübergehenden Anti-Dumping-Zölle sind seit 15. Oktober 2020 gegenüber deutschen Einfuhren in Kraft und liegen zwischen 51,18 und 352,71 Prozent. Auch gegen andere EU-Staaten wie Italien, Spanien oder auch Griechenland wurden Zölle erhoben. Grundlage der Untersuchung war die US-Berechnungsmethode, die auf einem Warenkorb an Einflussgrößen beruht. Inwiefern die Berechnung valide ist, lässt sich aktuell nicht einschätzen. Jedoch halten wir die Höhe für zumindest fragwürdig, da die US-Administration den höchstdenkbaren Zollsatz gewählt hat. Der Dumping-Vorwurf lässt sich nicht nachvollziehen und die Höhe des Anti-Dumping-Zolls ist historisch und keinesfalls gerechtfertigt. Die Zölle werden sofort fällig und müssen mittels eines „cash deposit“ hinterlegt werden. Kommt die US-Administration zum Ergebnis, dass die vorläufigen Zahlungen zu Unrecht abgeführt wurden, werden die Zölle zurückerstattet.

2. Zahlen und Fakten

US-Importstatistik

Bei den Exportzahlen ist zunächst zu erwähnen, dass sich einige Warentarifnummern in den USA und in Deutschland unterscheiden. Das hängt mit den Spezifikationen zusammen, die auf den unterschiedlichen Kontinenten angewendet werden. Die AD-Zölle sind vorübergehend auf folgende US-Warentarifnummer abzuführen:

US-Nummern

7606113060, 7606116000, 7606123090, 7606126000, 7606913090, 7606913095, 7606916080, 7606916095, 7606923035, 7606923090, 7606926080 und 7606926095

Laut US-Statistik und unseren eigenen Berechnungen kommen wir auf 92.076 Tonnen und einen Warenwert in Höhe von 322 Mio. USD, die im Jahr 2019 in die USA von Deutschland importiert wurden. Das entspricht 5,5 Prozent des kompletten Exports der deutschen Aluminiumindustrie.

US-Import from Germany 2019		
	Customs Value US-\$	metric tons
7606113060 Alum Plt Sht Strp Rec/sq Nal Nt Cl Ov.2-6.3mm Thk	21,051,399	5,180
7606116000 Alum Plt Sht Strp Rec O Sqr Nt Aly Clad Ov .2mm Th	552,145	59
7606123090 Al Pl Sh A St Re Sq Nt Cld 6.3MM Ol Thk Nesoi	249,206,923	72,729
7606126000 Al Pla She A Str Rec In Sq Alloy Clad Ov 0.2MM Thk	30,100,277	7,628
7606913090 Al P S S Nesoi Nt Alyd Nt Cld Thcknss 6.3MM O Less	10,660,289	3,589
7606913095 Alum Pltes, Shts/strp,nt Rec/alyed/cld, 6.3MM/LESS	531,583	114
7606916080 Alum Pl Sh Str Nt Alyd Clad 6.3MM Or Ls Thck Nesoi	99,593	13
7606916095 Alum Plts, Shts Strp,nt Rec,nt Aly,cl Thk 6.3MM/LS		0
7606923035 Aluminum Alloys Nt Clad, Thickness 6.3MM Or Less	4,347,397	1,298
7606923090 Al P S S Nesoi Aloy Nt Cld 6.3MM Or Less Thick	4,589,458	1,366
7606926080 Alm Al P S S Oth Nesoi Cld Ov 0.2MM-UN 6.3MM Thck	403,320	49
7606926095 Aluminum Alloys, Clad, Thickness 6.3 mm Or Less	124,744	50
Sum	321,667,128	92,076
Source: United States Census Bureau; own calculations		

Deutsche-Exportstatistik

In Deutschland fallen unter die benannten Warentarifnummer weitere Aluminiumprodukte, sodass sich die Exportzahlen im Vergleich erhöhen. In Deutschland sind folgende Nummern betroffen:

Deutsche-Nummer

76061110, 76061191, 76061193, 76061199, 76061211, 76061219, 76061220, 76061292, 76061293, 76061299, 76069100 und 76069200

Bei den deutschen Zahlen ergibt sich eine Exportleistung im Jahr 2019 in Höhe von 109.320 Tonnen mit einem Warenwert von 354 Mio. EUR. Der US-Warenwert dieser Importe betrug 396 Mio. EUR, lag also über dem Euro-Preis. An den weltweiten deutschen Exporten in der Aluminiumindustrie beträgt die prozentuale Betroffenheit 6,53 Prozent. Diesen Wert schätzen wir als besonders hoch ein und er zeigt eindrucksvoll, wie wichtig der US-Markt für die deutsche Aluminiumindustrie ist.

3. Position der deutschen NE-Metallindustrie

Fairer Handel und level-playing field

Deutschland hält sich als Mitglied der WTO an die Regeln des fairen und freien Handels. Wir konnten in den vergangenen Jahren vor allem im asiatischen Raum verstärkt verzerrte Marktpreise feststellen. Das hat Europa auch dazu bewogen, die Anti-Dumping-Instrumente zu verstetigen und zu verbessern. Das begrüßt die WVMetalle als Stimme der deutschen NE-Metallindustrie. Die Hoffnung dabei ist, dass sich somit ein level-playing-field am internationalen Halbzeug-/Vorproduktemarkt einstellt. An dieser Stelle haben wir stets mit der US-Seite kooperiert und uns gegen Dumping eingesetzt. Die US-Industrie steht in Deutschland nicht unter Verdacht, ihre Produkte zu subventionieren oder Dumping zu betreiben. Deswegen verwundert uns dieses Vorgehen. In Europa ist kein Anti-Dumping -Verfahren beim Aluminiumimport gegen die USA in Kraft, sondern ausschließlich gegenüber asiatischen Anbietern. Dieses Faktum dokumentieren die o.g. Aussagen eindrucksvoll.

Die deutsche NE-Metallindustrie berechnet ihre Preise auf Grundlage der LME-Notierungen. Ein weiteres Argument gegen den Dumpingvorwurf ist, dass unsere Lohn- und Energiekosten in Deutschland höher sind als in den USA. Im Durchschnitt betragen die Arbeitskosten je Stunde in Deutschland 41 Euro; in den USA 33,50 Euro¹. So liegen die für die Fertigung von Halbzeugen aus Aluminium besonders relevanten Strompreise durchschnittlich in Deutschland bei 100 bis 160 EUR je MWh, in den USA aber nur bei durchschnittlich 50 - 60 EUR je MWh.

Die Anschuldigung des Dumpings weisen wir an dieser Stelle zurück. Denn deutsche NE-Metallunternehmen halten sich an Gesetze und orientieren sich an den Marktpreisen. Anders als China könnte eine Vermarktung von Produkten unterhalb der Kosten in Deutschland gar nicht möglich sein, weil die daraus resultierenden Verluste anders als in China nicht durch staatliche Stellen kompensiert werden. Vielmehr fordern wir von den amerikanischen Freunden, dass Europa und die USA gemeinsam für faire Handelsbedingungen eintreten und ein level-playing-field im Bereich des Rohstoffeinkaufs erschaffen. Sollten die USA und Europa an dieser Stelle nicht eng zusammenarbeiten, ist die Chance vertan, ein Gegengewicht in der Aluminiumproduktion gegenüber Asien herzustellen.

Transatlantische Partnerschaft statt Entzweiung

Die USA und EU sollten sich nicht entzweien, sondern zu einer fruchtbaren transatlantischen Partnerschaft zurückkehren. Diese hatte über Jahre bestanden und war das Fundament für Wohlstand und Wachstum. Durch gleiche Werte und Vorstellungen über die Art, Geschäfte zu machen, haben sich

¹ Quelle: iw Köln, IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V., 46. Jahrgang, Heft 2/2019; ISSN 0941-6838 (Printversion); ISSN 1864-810X (Onlineversion)

langfristige Lieferantenbeziehungen gebildet, die voneinander profitieren. Hierzu gibt es einen klaren Appell seitens der WVMetalle, diese transatlantische Partnerschaft zukünftig mehr zu stärken und ihrer Existenz eine sehr wichtige Bedeutung beizumessen.

Metallversorgung und Abriss der Lieferketten

Die Wertschöpfungsketten zwischen den USA und Deutschland sind noch in Takt. Sie funktionieren durch gegenseitiges Vertrauen in Performance und Lieferfähigkeit. Anti-Dumping-Zölle könnten diese Lieferfähigkeit verschlechtern und die Produkte in den USA verteuern. Schon die Strafzölle auf Aluminium aus Europa, die im Jahr 2018 eingeführt wurden, hatten eine Preissteigerung von 5 – 7 Prozent zufolge. Ein Anti-Dumping-Zoll auf die wichtigen Produkte der Warengruppe 7606 hätte unseres Erachtens ähnliche Effekte. Die Automobilindustrie kann sich in den heutigen Zeiten keine Preissteigerungen leisten. Auch hier sind die Konkurrenten der Zukunft nicht in Europa zu verorten, sondern in Asien. Eine Allianz für fairen und freien Handel, die gemeinsam unter dem Dach der WTO stattfindet, wäre nach unserem Dafürhalten die effektivste Lösung, um Marktverzerrungen zu begegnen.

Zudem reagieren die Lieferketten der Aluminiumindustrie empfindlich auf externe Ereignisse. Das zeigten nicht zuletzt die US-Sanktionen gegen Rusal. Diese hätten beinahe dazu geführt, dass die Versorgung mit Tonerde zum Erliegen kommt. Auch AD-Zölle können negative Effekte auf die Lieferfähigkeit und die Versorgung mit Aluminium zufolge haben.

Keine Anti-Dumping-Zölle

Wir empfehlen eindringlich, dass sich die Bundesregierung und die Europäische Kommission vehement gegen eine Verhängung von AD-Zöllen gegenüber Aluminiumimporten aus Deutschland ausspricht. Die europäische Aluminiumindustrie steht unter wachsendem Druck chinesischer Importe zu Dumpingpreisen.

Nach unseren Informationen haben die betroffenen Unternehmen mit den USA kooperiert und Informationen über die Kosten zur Verfügung gestellt. Den Vorwurf der Irreführung bei dem Prozess hätten wir gerne konkretisiert. Einen Zollsatz in Höhe von 352,71 Prozent zu erheben ist nicht verhältnismäßig.

Pragmatischer Ansatz

Wir fordern die Politik auf, pragmatische Lösungen zu finden. Hierbei geht es darum, einen Weg zu finden, der es deutschen Aluminiumunternehmen ermöglicht, weiterhin Handelsgeschäfte mit den USA in der Warentarifklasse 7606 zu führen. Derartig hohe Zollsätze können nicht wirtschaftlich eingepreist werden. Vor allem die Höhe ist sehr irritierend, denn vergleichbare Zölle wurden in der Vergangenheit nur gegen Staaten verhängt, mit denen sich ein demokratisches Deutschland nicht vergleicht. Am Ende verwehren die Zölle deutschen Unternehmen einen Marktzugang in den USA, obwohl sich die Firmen der deutschen NE-Metallindustrie an die Regeln halten. Wir bitten an dieser Stelle um politische Unterstützung auf Bundes- und europäischer Ebene.

FORDERUNGEN ZUM THEMA ANTI-DUMPING-ZÖLLE

Keine einseitigen Anti-Dumping-Zölle: Deutschland und Europa müssen sich dafür einsetzen, dass die US-Administration von den AD-Zöllen gegen deutsche Hersteller Abstand nimmt. Denn sie entbehren jeder Grundlage und sind unverhältnismäßig. Überdies gefährden sie den Produktionsstandort Deutschland, da ca. 5,5 Prozent des gesamten Exports der Aluminiumindustrie auf diese Produkte entfallen.

Pragmatischer Ansatz: Die Politik sollte pragmatische und schnelle Lösungen finden. Ein Prozess wie bei den US-Sanktionen wäre unzumutbar und würde Planungsunsicherheit bedeuten.

Rückkehr zur transatlantischen Partnerschaft: Deutschland und die EU-Kommission müssen alles in die Wege leiten, um die transatlantischen Beziehungen zu stabilisieren. Ständige Störfeuer in der Handelspolitik beeinträchtigen die Geschäfte unserer Unternehmen im negativen Sinne und schwächen beide Partner gegenüber China.

Berlin, den 28. Oktober 2020

Kontakt:

Dr. Sebastian Schiweck
Leiter Handels- und Rohstoffpolitik | Verkehrs- und Zollpolitik
Telefon: +49 30 / 72 62 07 – 107
Mobil: +49 151 / 4676 1526
E-Mail: schiweck@wvmetalle.de

Wirtschaftsvereinigung Metalle, Wallstraße 58/59, 10179 Berlin